

Kinderspital bekommt Millionenhilfe und erntet harte Kritik

Das Vertrauen in die Spitalführung scheint in der Politik kaum mehr vorhanden zu sein



Für den EVP-Kantonsrat Donato Scognamiglio steht der Neubau am Ursprung der Probleme.

ENNIO LEANZA / KEYSTONE

MARIUS HUBER

Es war ein Besuch der unangenehmen Sorte für die Führungsriege des Zürcher Kinderspitals rund um Martin Vollenwyder. Der Präsident der privaten Eleonorenstiftung, die das Spital betreibt, und seine Kollegen waren am Montag im Kantonsparlament zugegen. Dort bekam der finanziell angeschlagene Betrieb eine Subvention von 25 Millionen Franken zugesprochen, um 2025 über die Runden zu kommen.

Dies geschah zwar wie schon im Vorjahr, als es um 35 Millionen Franken ging, ohne Gegenstimme – aber nicht ohne Widerrede. Vertreter fast aller Parteien nutzten die Gelegenheit für Kritik an der Spitalführung. Auch die Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli stimmte in den Chor ein. Rickli erinnerte daran, dass kürzlich aufgrund von Indiskretionen verbreitet worden sei, das Spital habe auf dem Weg zur finanziellen Gesundung bisher kaum Fortschritte gemacht. Sie selbst habe der Spitalführung daraufhin geraten, solchen Gerüchten mit einer «aktiven, nachvollziehbaren und transparenten Kommunikation» entgegenzutreten.

Was Vollenwyder und der neue Interims-CEO Stephan Gürtler allerdings am Montag in einem Artikel in der NZZ sagten, war offensichtlich nicht ganz das, was Rickli erwartet hatte. Sie äusserte Zweifel, ob es hilfreich ist, wenn das Führungsduo suggeriert, die Probleme seien primär ausserhalb des Spitals zu finden: bei den nicht kostendeckenden Tarifen für kindermedizinische Behandlungen. Dass also vor allem die Politik gefordert sei.

«Kurskorrektur nötig»

Diese Darstellung wollte Rickli so nicht stehen lassen. Sie betonte, der Kanton helfe dem Spital bereits heute mit Zuschüssen in Millionenhöhe aus, um entstehende Löcher zu stopfen. Man müsse sich zudem bewusst sein, wer die Rechnung bezahle, wenn man die Finanzprobleme der Spitäler über immer höhere Abgeltungen lösen wolle: «der Steuerzahler oder der Prämienzahler». Damit bestätigte sie die Einschätzung Vollenwyders, dass eine Erhöhung der Tarife unter Politikerinnen und Politikern höchst unpopulär ist. Auf seinen Vorschlag, im Gegenzug Spitäler zu schliessen, damit die Gesundheitskosten nicht weiter stiegen, ging sie nicht ein.

Beim SVP-Sprecher Marc Bochslar (Wettswil am Albis) tönnte es ähnlich kritisch: Das Kinderspital brauche «nicht einfach mehr Geld, sondern eine Kurskorrektur». Die Umsetzung des Sanierungsplans sei ins Stocken geraten. Die Führungsriege um Martin Vollenwyder müsse nun Verantwortung übernehmen und «endlich einen Sanierungsplan vorgelegen, der hält, was er verspricht».

Misstrauen schlug dem ehemaligen FDP-Stadtrat Vollenwyder sogar seitens seiner Parteikollegen entgegen. Wer einfach nur auf externe Faktoren verweise, um die finanziellen Probleme zu erklären, mache es sich zu einfach, sagte Philipp Müller (Dietikon). Die Eleonorenstiftung sei bislang den Beweis schuldig geblieben, «dass sie es allein kann». Deshalb sei es richtig, dass der Kanton dieses Jahr zwei Aufpasser in die Stiftungsexekutive delegiert habe, auch wenn man so etwas aus liberaler Sicht vermeiden möchte. Müller versteht es aber als Signal an die Steuerzahler: Wenn man schon Geld spreche, müsse man im Gegenzug auch lenkend eingreifen können.

Das findet auch die SP, die aber noch deutlich weiter geht: Tobias Langenegger (Zürich) machte Werbung für

einen hängigen Vorstoss, wonach der Kanton das Kinderspital ganz übernehmen soll. Es sei «too big to fail», und weil es eine faktische Staatsgarantie gienesse, werde der Kanton auch in Zukunft immer wieder haften müssen.

Kritik am Stiftungsrat

Selma L'Orange Seigo (Zürich) von den Grünen versuchte derweil, die Verantwortung der FDP zuzuschieben. Die zu tief angesetzten Tarife seien auf nationaler Ebene von bürgerlichen Mehrheiten beschlossen worden. Was jetzt beim Kinderspital passiere, sei «eine Folge des Irrglaubens, dass mit mehr Markt bei einer staatlichen Aufgabe wie der Gesundheitsversorgung etwas Nützliches herauskommt». Störend sei auch, dass der mit ehemaligen FDP-Politikern

Misstrauen schlug dem Stiftungsrat und Ex-FDP-Stadtrat Vollenwyder sogar seitens seiner Parteikollegen entgegen.

besetzte Stiftungsrat jede Verantwortung von sich weise. Sein Businessplan sei von Anfang an unrealistisch gewesen.

Starke Zweifel an diesem Businessplan liess auch der Immobilien-experte Donato Scognamiglio (Freiestein-Teufen) von der EVP erkennen. Er geht davon aus, dass der teure Neubau, der am Ursprung der Probleme des Kinderspitals steht, dessen Bücher weiterhin belasten wird. «Die Kosten für den Neubau haben einen Einfluss auf den Betrieb», sagte er, «die bringen sie nicht einfach weg.» Deshalb rechnen Scognamiglio damit, dass der Kanton auch nächstes Jahr das Portemonnaie wieder öffnen und Subventionen sprechen muss. Genau das also, was Rickli und die bürgerlichen Parteien unbedingt verhindern wollen. Ob sich Scognamiglios Einschätzung als korrekt erweist, dürfte daher für die Spitalführung um Martin Vollenwyder zur Schicksalsfrage werden.

Die Einzige, die mehr weiss, weil sie monatlich über die neuesten Zahlen informiert wird, ist Natalie Rickli. Und sie sagte am Montag einen Satz, der nicht gerade zuversichtlich tönnte: «Es ist unklar, wie der Turnaround in diesem Jahr gelingen kann.»

Höhere Preise für Auswärtige gefordert

Stadt Winterthur lehnt Ansinnen der Bürgerlichen für Badis ab

bai. · Heute bezahlen Besucher des Winterthurer Schwimmbads Wolfensberg 8 Franken Eintritt – egal, ob sie in Winterthur wohnen oder aus einer anderen Gemeinde anreisen. Das sei ungerecht, findet eine bürgerliche Allianz aus EVP, GLP, Mitte, FDP und SVP. Sie möchte, dass Auswärtige stärker zur Kasse gebeten werden.

Die Allianz unterstützt die EVP-Parlamentarierin Franziska Kramer-Schwob, die im Februar eine Motion eingereicht hat, in der sie fordert, dass Winterthurer für den Eintritt in sportliche oder kulturelle Institutionen weniger zahlen als Besucher aus anderen Gemeinden. Dies solle für alle städtischen Betriebe wie Freibäder, die Eishalle Deutweg, das Münzkabinett, das Natur- und das Gewerbemuseum gelten.

Franziska Kramer-Schwob argumentierte, dass Winterthurer doppelt bezahlten: einerseits für den Eintritt, andererseits mit ihren Steuern. Damit entstehe eine Ungleichbehandlung zugunsten von Auswärtigen, die von tiefen Eintrittspreisen profitierten, ohne mit ihren Steuern zum Betrieb beizutragen.

Nun hat der Stadtrat auf die Motion reagiert. In einer Mitteilung vom Montag schreibt er, er könne das Anliegen zwar nachvollziehen. Dennoch lehnt es der Stadtrat ab. Er betont, dass Kultur und Sport in Winterthur bewusst als Angebote für alle konzipiert seien – unabhängig vom Wohnort. Als urbanes Zentrum fördere Winterthur den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Stadtrat hält fest: «Eine Preisgestaltung nach Wohnort würde diesem Grundverständnis widersprechen.» Weiter führt er an, dass eine solche Tarifstruktur erheblichen administrativen Aufwand bedeuten würde.

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament deshalb, die Motion für nicht erheblich zu erklären, also diese nicht weiter zu bearbeiten. Das letzte Wort hat jedoch das Stadtparlament.

Mitfahrer flüchtet vor Kontrolle und springt in den See

Strafverfahren gegen sechs Autolenker eröffnet

bai. · Die Kantonspolizei hat am Freitag und am Samstag rund um die Stadt Zürich Verkehrskontrollen durchgeführt, wobei die Polizistinnen und Polizisten das Augenmerk auf die Fahrfähigkeit der Lenkerinnen und Lenker legten.

Sechs Automobilisten im Alter zwischen 20 und 62 Jahren wurden verdächtigt, unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln zu fahren. Sie mussten ihren Führerausweis an der Kontrollstelle abgeben. Die Staatsanwaltschaft eröffnet ein Strafverfahren gegen sie, wie die Kantonspolizei Zürich in ihrer Bilanz vom Montag schreibt. Einer Autolenkerin wurde wegen Fahrens in alkoholisiertem Zustand die Weiterfahrt untersagt. Sie wird zuhause des Statthalteramtes verzeigt.

Während der Kontrolle des Autos eines Fahrdienstleiters in Meilen ergriff einer der drei Mitfahrer die Flucht zu Fuss. Er versuchte sich durch einen Sprung in den See der Kontrolle zu entziehen, konnte jedoch von den ihm nacheilenden Polizisten gestellt und festgenommen werden. Auf seiner Flucht warf er diverse kleine Plastikbeutel weg. Darin befanden sich höchstwahrscheinlich Kokain-Portionen. Es besteht der Verdacht, dass es sich beim 45-jährigen deutschen Staatsangehörigen um einen Händler für Betäubungsmittel handelt.

Der Deutsche, ein 32-jähriger Landsmann von ihm und ein 38-jähriger rumänischer Staatsangehöriger, die im Fahrzeug mitführen, wurden festgenommen.

Nachfolger für Steiner?

Nun stehen im Jahr 2027 die Regierungswahlen an. Möglich ist, dass sich Kutter als Nachfolger der Mitte-Regierungsrätin Silvia Steiner in Stellung bringt – falls Steiner nach zwölf Jahren im Amt auf eine weitere Legislatur verzichtet.

ISABEL HEUSSER

Der Wädenswiler Stadtpräsident Philipp Kutter (Mitte) verzichtet auf eine weitere Amtszeit. Er trete zu den Wahlen im Frühling 2026 nicht mehr an, teilt seine Partei am Montag mit.

«Ich empfinde es als grosses Privileg, Stadtpräsident von Wädenswil zu sein», so wird Kutter in der Mitteilung zitiert. «Es ist eine wunderschöne Aufgabe, die ich bis heute mit viel Freude ausübe. Und ich weiss jetzt schon: Ich werde es vermissen. Aber nach sechzehn Jahren ist der Moment gekommen, den Stab weiterzugeben.»

Der 50-Jährige ist seit 2010 Stadtrat und seit 2016 Stadtpräsident, zwei Jahre später wurde er in den Nationalrat ge-

wählt. Dort beschäftigt er sich mit Wirtschaft- und Bildungspolitik, aber auch mit der Inklusion von Menschen mit einer Behinderung. Zusammen mit seiner Frau führt Kutter eine Kommunikationsagentur. Die beiden haben zwei Kinder.

Im Februar 2023 verunfallte Kutter beim Skifahren schwer und brach sich zwei Halswirbel. Seither ist er Tetraplegiker. Kutter ist vom Hals abwärts gelähmt und auf einen Rollstuhl angewiesen.

Neue Themen

In einem Interview mit der NZZ sagte er: «Meine Ämter brauchen Energie, aber sie geben mir auch Energie.» Er wolle um keinen Preis jemand sein, «der ab und zu in die Therapie geht und



Philipp Kutter
Stadtpräsident
von Wädenswil

sonst unzufrieden daheim sitzt und allen auf die Nerven geht». Seit seinem Unfall beschäftigte er sich in der Politik mit neuen Themen. «Wie wichtig die Gleichstellung und die Integration von Menschen mit Beeinträchtigung sind, wie viele Hürden es für sie noch gibt im Alltag – das erfasst man erst richtig, wenn man betroffen ist.»

Zürich erschwert irreversible Eingriffe bei Jungen

Die Gesundheitsdirektorin spricht sich für ein Verbot von Geschlechtsangleichungen bei Minderjährigen aus

OLIVER CAMENZIND

«Bin ich ein Mann oder eine Frau, ein Mädchen oder ein Bub – oder nichts von alledem?» Fragen wie diese beschäftigen junge Menschen immer intensiver. Und die Jugendlichen werden häufiger zum Fall für den Psychiater oder die Fachärztin. Fühlt sich jemand im falschen Körper geboren, nennt man das Geschlechtsdysphorie. Und dieses Leiden ist heute so verbreitet wie noch nie: Passend dazu haben sich die Zahlen der geschlechtsangleichenden Operationen im Kanton Zürich in den vergangenen Jahren verdoppelt. Im Jahr 2020 wurden 67 solcher Eingriffe bei Erwachsenen durchgeführt, 2023 waren es 133. Bei minderjährigen Betroffenen war die Zunahme etwas moderater. Aber auch hier stieg die Zahl der Eingriffe von 8 auf 14 an.

Nun machte die Zürcher Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP) klar, dass dieser Trend ihrer Ansicht nach in die falsche Richtung geht. Vor allem bei Minderjährigen sollten demnach gar keine geschlechtsangleichenden Operationen mehr durchgeführt werden. Zum Schutz der Betroffenen, die ihre Entscheidung später bereuen könnten. So argumentierte Rickli am Montagmittag vor den Medien.

Klar und bindend

«Was, wenn Betroffene dereinst wissen wollen, wie man ihnen das hat antun können?», fragte sie in die Runde. Und schlussfolgerte: Es gelte, Verantwortung gegenüber der Gesundheit junger Menschen zu übernehmen. Aus diesem Grund hat ihre Direktion im Jahr 2023 Massnahmen erarbeitet, die die Hürden für geschlechtsangleichende Eingriffe bei Minderjährigen höher ansetzen als bisher. Das Resultat zeigt sich nun bereits: Von 2023 bis 2024 sind die operativen Eingriffe bei Minderjährigen von 14 auf 4 zurückgegangen.

Zwar kommt eine Untersuchung des Amtes für Gesundheit zum Schluss, dass die medizinische Versorgung von Minderjährigen mit Geschlechtsdysphorie keine Mängel aufweist. Menschen mit diesem Leiden waren im Kanton Zürich also schon bisher in guten Händen. Dennoch sprach Rickli von «neuen Qualitätsstandards», die man bei der Behandlung von



Natalie Rickli sieht den Kanton Zürich als Vorreiter beim Schutz von jungen Menschen.

ENNIO LEANZA / KEYSTONE

Menschen mit Geschlechtsdysphorie etabliert habe. Dazu gehört ein Kompetenzzentrum unter der Leitung einer Ethik-Spezialistin. In diesem Zentrum sollen sich Experten aus unterschiedlichen Fachrichtungen austauschen und Leitlinien erarbeiten, um eine einheitliche Praxis im ganzen Kanton zu ermöglichen.

Darüber hinaus hält die Gesundheitsdirektion klare Anweisungen für Spitäler und Kliniken bereit, die Geschlechtsdysphorie behandeln: Den Institutionen wird dringend davon abgeraten, angleichende Operationen an Minderjährigen durchzuführen. Sollte ein Eingriff dennoch infrage kommen oder von Betroffenen gewünscht sein, muss künftig ein interdisziplinäres Indikationsboard beizogen werden. Ein solches Gremium soll «vorschnelle medizinische Massnahmen» verhindern – und ist bald für

jedes Listenspital Pflicht, um Menschen mit Geschlechtsdysphorie zu behandeln. Damit werde Zürich zum schweizweiten «Vorreiter beim Schutz von Minderjährigen», sagte Natalie Rickli stolz. Und legte sogleich nach – sie wäre gern noch deutlich weiter gegangen.

Appell an den Bund

Aus Ricklis Sicht wäre ein pauschales Verbot von irreversiblen geschlechtsangleichenden Massnahmen für Minderjährige durchaus vertretbar. Doch ein solches ist auf kantonaler Ebene nicht umzusetzen – zu diesem Schluss kommt ein eigens in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten. Der Handlungsrahmen des Kantons sei in dieser Sache «äusserst eingeschränkt», sagt Thomas Sägger, der Leiter der Rechtsabteilung der Gesund-

heitsdirektion. Weil ein Verbot auf kantonaler Ebene ausgeschlossen ist, appelliert Natalie Rickli nun an den Bund, dass dieser ein solches prüfe. «Autofahren, einen Mietvertrag unterschreiben, heiraten oder abstimmen darf man in der Schweiz auch erst ab 18 Jahren», sagte sie. Auch die Entscheidung für geschlechtsangleichende Massnahmen solle künftig Volljährigen vorbehalten sein. Aus rechtlicher Perspektive wäre eine restriktive Regelung von geschlechtsangleichenden Eingriffen auf Bundesebene durchgehend zulässig, führte Thomas Sägger aus.

Die Reaktionen auf Ricklis Ankündigungen erfolgten sofort – und sie fielen teilweise heftig aus. Die Alternative Liste (AL) bezeichnet den erschwerten Zugang zu geschlechtsangleichenden Eingriffen als «De-facto-Verbot» – und sparte nicht mit Vorwürfen gegen die Gesund-

heitsdirektorin. Rickli handle im Widerspruch zum gegenwärtigen wissenschaftlichen Konsens, wie er etwa in der S2k-Leitlinie zum Ausdruck komme. Dieses Papier wurde 2024 nach siebenjähriger Arbeit zahlreicher Experten in Kraft gesetzt und gilt in allen deutschsprachigen Ländern. Es sieht einen liberaleren Umgang mit geschlechtsangleichenden Massnahmen vor, als Rickli ihn sich wünscht.

Vorwurf der Symbolpolitik

Damit, dass sie sich über die Forschung hinwegsetze, überschreite Natalie Rickli «deutlich die Grenze ihrer politischen Kompetenz», schreibt die AL. Es handle sich um Symbolpolitik auf Kosten jener, «die Schutz und Unterstützung am meisten brauchen». Auch die SP sieht die Einschränkungen durch die Gesund-

Sollte ein Eingriff infrage kommen, muss künftig ein interdisziplinäres Indikationsboard beigezogen werden.

heitsdirektion kritisch. Urteilsfähigkeit sei keine Frage des Alters, argumentierten die Sozialdemokraten. Deshalb müsse es auch urteilsfähigen Minderjährigen offenstehen, «medizinischen Massnahmen zuzustimmen oder diese abzulehnen». Dabei stütze sich die SP auf eine Stellungnahme der Nationalen Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin von November 2024. Darin ist festgehalten: «Das Vorenthalten einer medizinisch indizierten und von der urteilsfähigen Person gewünschten Behandlung ist in der Grundversorgung ethisch unzulässig.»

Lobende Worte ertotete Natalie Rickli hingegen von ihrer eigenen Partei, der SVP. Man lehne «den Transgender-Wahn und medizinische Eingriffe an nicht volljährigen Jugendlichen entschieden ab», heisst es in einer Medienmitteilung.

Polizei fahndet nach Täter von Oberglatt

27-jähriger Eritreer ist dringend tatverdächtig

bai. · Am späten Abend des 14. Juni hat die Kantonspolizei Zürich in einer Wohnung in Oberglatt einen Mann tot aufgefunden. Sie geht von einem Tötungsdelikt aus. Im Auftrag der Staatsanwaltschaft I für schwere Gewalkriminalität fahndet die Polizei nun mit Foto und Namen des mutmasslichen Täters, wie es in einem Communiqué vom Montag heisst.

Der Tat dringend verdächtigt wird der Eritreer Temesgen Abraha Tedla. Er konnte trotz intensiven Fahndungsmassnahmen noch nicht festgenommen werden. Der Gesuchte ist laut Polizeiangehen 27 Jahre alt und von schlanker Statur.

Nach ersten Erkenntnissen ist es am Abend der Tat zu einem lauten Streit zwischen dem späteren Opfer und seinem Mitbewohner Temesgen Abraha Tedla gekommen, worauf eine Frau der Polizei verständigte. Als die Polizei an der Zürcherstrasse eintraf, fand sie einen schwerverletzten Mann in der Wohnung. Trotz Reanimationsmassnahmen konnten die dazugekommenen Notärzte und Rettungssanitäterinnen nur noch den Tod des 18-jährigen Eritreers feststellen.

Die Kantonspolizei bittet die Bevölkerung um Mithilfe. Hinweise zum Aufenthaltsort von Temesgen Abraha Tedla sind erbeten unter Telefon 058 648 48 48.